Auftrag und Mittel in Übereinstimmung bringen

Autor(en): **Forster, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69798

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Auftrag und Mittel in Übereinstimmung bringen

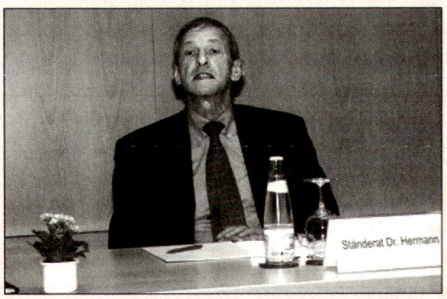
Am 17. Januar 2005 setzte das Lilienberg Unternehmerforum seine Gesprächsreihe «Ja zu einer starken, glaubwürdigen Armee» mit einer Veranstaltung zu den politischen Grundlagen der Landesverteidigung fort. In Anwesenheit von 120 Gästen legten Ständerat Dr. Hermann Bürgi, Nationalrat Boris Banga und Divisionär Markus Rusch ihre Standpunkte dar. G.

Peter Forster *

Bürgi, Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, berief sich auf den dreiteiligen Armeeauftrag, den die Bundesverfassung in Artikel 58, Absatz 2, verankert. Er warnte davor, während des laufenden Reformprozesses erneut eine Grundsatzdiskussion aufzunehmen: «Das würde nicht zu einer Stärkung, sondern zur Schwächung der Armee führen.»

Bürgi: Kernkompetenz

Bürgi räumte aber ein, dass gegenwärtig eine Verunsicherung bestehe: «Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, dass zu wenig Klarheit vorhanden ist, wie die Armeeaufträge zu gewichten sind und welche Konsequenzen sich daraus für die Führung, Ausbildung und Rüstung ergeben. Es fehlt



das Zwischenglied zwischen der generellen Aufgabenumschreibung der Armee in der Verfassung und im Gesetz einerseits und der praktischen Umsetzung anderseits. Es ist Sache der politischen Instanzen, das zu regeln.»

Weiterer politischer Handlungsbedarf besteht gemäss Bürgi im Verteidigungsbereich: «Es geht um die Frage, welche Mittel für die Kernkompetenz Verteidigung und damit für die Sicherstellung des Aufwuchskernes Verteidigung notwendig sind. Ein derartiger Aufwuchs kann nicht beim Nullpunkt beginnen. Voraussetzung dafür, dass diese Aufwuchstheorie keinen Etikettenschwindel darstellt, ist der Erhalt der Kernkompetenz. Dazu gehört eine entsprechende Bewaffnung und Ausbildung.»

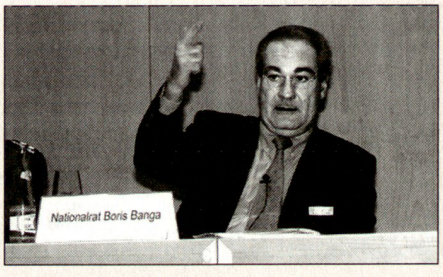
Deutliche Worte fand Bürgi auch zur Botschaftsbewachung durch Milizverbände: «Zu Recht bestehen Bedenken bezüglich der Ausbildung in anderen Bereichen. Die Kantone pochen unüberhörbar auf ihre Polizeihoheit. Wer indessen A sagt, muss auch B sagen. Die Kantone müssen die für den Einsatz erforderlichen Kräfte bereitstellen. Es wäre nicht verfassungskonform, wenn die Armee gleichsam zum Lückenfüller für unzureichende zivile Polizeikräfte würde.»

Zur finanziellen Lage forderte Bürgi, dass die Mittel und der Auftrag wieder in Übereinstimmung gebracht werden: «Bei der Planung der Armee XXI gingen wir von einem jährlichen Plafond von 4,3 Milliarden Franken aus. Auf Grund des Entlastungsprogrammes 04 kann das VBS noch mit rund 3,85 Milliarden rechnen. Die politischen Entscheidungsträger müssen sich bewusst sein, dass Finanzen und Aufträge im Gleichgewicht sein müssen. Es kann nicht angehen, dass die Armeeaufträge unverändert bestehen bleiben, wenn der Armee die notwendigen Mittel vorenthalten werden.»

Banga: Gute Grundlagen

Nationalrat Banga hielt einleitend fest, die Armee XXI verfüge politisch über gute Grundlagen: «Das Schweizervolk hat ihr am 18. Mai 2003 mit einer Dreiviertelsmehrheit zugestimmt. Vier vorangegangene Militärvorlagen wurden angenommen, drei GSoA-Initiativen klar abgelehnt.» Was aber fehle, sei die Auseinandersetzung über die operative Einsatzdoktrin.

Zur allgemeinen Wehrpflicht führte Banga aus, kleine flexible Einheiten könnten in der Gegenwart fast alle Konflikte besser bewältigen als schwerfällige Massenheere: «Es braucht eine längere und intensivere Ausbildung nur schon wegen der zunehmenden Technisierung. Heute wird ein erheblicher Teil jedes Rekrutenjahrgangs für untauglich erklärt, was an die Grenzen der Wehrgerechtigkeit und Wehrtüchtigkeit geht. Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten einer allgemeinen Dienstpflicht muss diskutiert werden.»



Kritisch äusserte sich Banga zur Botschaftsbewachung. Den Kantonen fehle seit Jahren der Wille, die bestehende Lücke bei den nichtmilitärischen Sicherheitskräften zu füllen. Zu viele Diensttage gingen für subsidiäre Einsätze verloren. So habe es das Volk bei seinem Ja zur Armee XXI sicher nicht gemeint!

Rusch: Tiefe Einschnitte

Divisionär Markus Rusch, der persönliche Referent von Bundesrat Samuel Schmid, nahm zu den Referaten von Bürgi und Banga Stellung. Er tat dies im Namen des VBS. Eindringlich erinnerte auch er daran, dass die Planung der Armee XXI auf einem Jahresbudget von 4,3 Milliarden Franken beruht habe. Noch vor der Umsetzung hätten sich indessen die Risiko- und die Finanzlage entscheidend verändert.

Der 11. September 2001 bedeute einen Einschnitt, der mit dem Auftauchen von Massenvernichtungswaffen auf dem Gefechtsfeld zu vergleichen sei. Der Zwang, ausländische Einrichtungen in der Schweiz zu schützen, sei gegeben. Ebenso tief sei der



Eingriff bei den Mitteln: «Jetzt sind wir dann bei 3,85 Milliarden. Das muss ja Konsequenzen haben.» Massive Einsparungen ermögliche das neue Logistikkonzept der Armee.

Milizidee unbestritten

In der Diskussion kam wiederholt die Haltung grosser Unternehmen gegenüber der Armee zur Sprache. Der frühere Nationalrat und Wirtschaftsführer Dr. Peter Spälti hielt prägnant fest, dass immer mehr Manager keine Beziehung zur Armee hätten: «Sie kümmern sich nicht mehr um Gesellschaft und Staat.» Divisionär Martin von Orelli, der Stellvertreter des Chefs der Armee, arbeitete eindrücklich die Problematik der Entlastungsprogramme heraus. Unbestritten blieb in allen Voten das Milizprinzip, das von mehreren Rednern als Grundlage des Schweizer Wehrwesens bezeichnet wurde. ■

* Peter Forster, Dr. phil., Oberst, C Info Op Astt 370, 8268 Salenstein.